

---

**2030/J XXII. GP**

---

**Eingelangt am 09.07.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der Abgeordneten Schopf, Keck, Krist

und Genossen

an den Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

betreffend **Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit von privaten Haushalten und Einzelpersonen**

Aus den Statistiken der Dachorganisation der Schuldnerberatung Österreichs geht hervor, dass die Anzahl der privaten Überschuldungen bzw. Zahlungsunfähigkeiten von Privatpersonen und privaten Haushalten und die Anzahl der Schuldenregulierungsverfahren in der Vergangenheit stetig angestiegen sind.

Rund eine Million Österreicherinnen und Österreicher stecken in der „Schuldenfalle“ bzw. sind zahlungsunfähig. Die Leistungsfähigkeit der Schuldenberatungsstellen ist ausgeschöpft. Überschuldete Personen müssen oft Monate auf einen Beratungstermin warten, was dann eine Verschlimmerung der Schuldenlage zur Folge hat. Durch die hohe Arbeitslosigkeit und die anhaltende Sozialabbaupolitik der Bundesregierung ist auch in den kommenden Monaten ein heftiger Andrang an die Schuldenberatungsstellen zu erwarten.

Als Ergänzung der Anfrage 669/J XXII. GP vom 10.07.2003 und der Anfragebeantwortung 698/AB XXII. GP richten die unterzeichneten Abgeordneten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz nachstehende

### **Anfrage:**

1. Wie viele Erstkontakte und Beratungen gab es im Jahr 2003 bei Schuldenberatungsstellen und wie vielen Klienten konnten die Schuldenberatungsstellen effektiv helfen bzw. den Auftrag erfolgreich abschließen? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder des Einkommens - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten - aufschlüsseln.)
2. Was sind die Hauptursachen für die Überschuldung bzw. Zahlungsunfähigkeit privater Haushalte und Einzelpersonen bzw. welchen Zahlungsverpflichtungen können die Verpflichteten hauptsächlich nicht nachkommen?

3. Sind von der Bundesregierung Maßnahmen gegen die ansteigenden Überschuldungen bzw. Zahlungsunfähigkeiten von privaten Haushalten und Einzelpersonen, die auch auf die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind, geplant? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?
4. Welche konkreten Maßnahmen wurden diesbezüglich von Ihnen in der Zeit von 1.7.03. bis 30.6.04. gesetzt?

5. Sind von der Bundesregierung und von Ihnen wegen des zu erwartenden Anstieges der zahlungsunfähigen Personen - verursacht durch die derzeit hohe Arbeitslosigkeit - Maßnahmen zur Unterstützung und Erweiterung der Schuldenberatungsstellen geplant? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?
6. Welche konkreten Maßnahmen wurden diesbezüglich in der zweiten Jahreshälfte 2003 und in der ersten Jahreshälfte 04. gesetzt?
7. Sind von der Bundesregierung Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit - auch im Ressort des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz - geplant? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?
8. Welche konkreten Maßnahmen wurden diesbezüglich in der zweiten Jahreshälfte 2003 und in der ersten Jahreshälfte 04 gesetzt?